

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 17

Gründet Sonntag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM. Nur Postweg.  
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 17. April 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Feuer Markt 6-127V  
Fernruf: Berlin E 2, Rufnummern 1129.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

## Die Anträge zum Verbandstag.

Wollte man das Interesse am Verband messen an der Zahl der zu unserem 17. Verbandstag in Leipzig gestellten Anträge, dann müßte man feststellen, daß in allen unseren Zahlstellen ein reges Verbandsleben pulsiert, denn an der Aufstellung der 221 vorliegenden Anträge ist der größte Teil unserer Zahlstellen beteiligt. Wenn man jedoch den Inhalt der Anträge durchsieht, dann gewinnt dieser Eindruck an Tiefe, da es sich bei der Mehrzahl der diesmaligen Anträge um solche handelt, die sich mit den Beitrags- und Unterstützungsfragen befassen. Anträge dieser Art sehen eine recht intensive Beschäftigung mit der ganzen finanziellen Entwicklung unseres Verbandes voraus, und es wäre schon zu verstehen, wenn sich so mancher nicht recht an diese Aufgabe heranwagen würde. Die verhältnismäßig große Anzahl von Anträgen zeigt jedoch, daß unsere Mitglieder an der materiellen Seite unseres Verbandslebens stark interessiert und daß sie darum bemüht sind, die notwendige Angleichung der Ausgaben an die möglichen Einnahmen durchzuführen.

Von diesem Standpunkt aus sind die vorliegenden Anträge zu bewerten. Daß von diesen nur ein Teil, man darf schon sagen, nur ein kleinerer Teil dem gewollten Zweck dienen kann, ist zunächst eine Sache für sich. Um zu brauchbaren Resultaten zu kommen, muß man schon umfangreiche Berechnungen vornehmen, zu denen die Unterlagen nicht immer sehr leicht zu beschaffen sind. Oft genug ist das Material für solche Berechnungen nur im Verbandsbüro vorhanden, so daß man es nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, wenn der eine oder andere der Anträge etwas „daneben gelungen“ ist. Man kann ohne Voreingenommenheit den einzelnen Antragstellern gegenüber darum schon behaupten, daß die sachlich hieb- und stichfestesten Anträge von der Stelle kommen müssen, die den besten Einblick in den Gang der Entwicklung hat. Es ist gewiß keine Zurücksetzung der einzelnen antragstellenden Zahlstelle, wenn darauf verwiesen werden muß, daß eine ganze Anzahl von Anträgen gestellt sind von der Seite einer Zahlstellenleitung, der der Ueberblick über das Ganze nicht gegeben ist und nicht gegeben sein kann. Doch darum braucht ein Antrag noch nicht wertlos zu sein. Auf jeden Fall kann er die Anregung dafür bieten, daß eine Sache auch von einer anderen Seite aus betrachtet werden kann.

Häufig genug ist ein Einzelvorgang in einer Zahlstelle die Veranlassung gewesen, daß durch einen Antrag an den Verbandstag tatsächliche oder auch nur vermeintliche Unstimmigkeiten oder Ungerechtigkeiten beseitigt werden sollen. Dabei wird zumelst übersehen, daß ein Einzel-

fall nur selten der Anlaß zu einer generellen und für alle gültigen Regelung sein kann. Statutarische Bestimmungen, die Rechtskraft für alle haben sollen, können nun einmal nicht zugeschnitten sein auf jede Ausnahmerscheinung, wie auch eine Ausnahmeerscheinung nicht immer sofort zu einer Satzungsänderung zu führen braucht.

Daneben ist zu bemerken, daß bei einer so einschneidenden Sanierungsarbeit, wie sie unser Verbandstag infolge der Einflüsse des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf die Verbandsfinanzen vor sich hat, ein Antrag niemals allein stehen kann. Immer wird er weitere nach sich ziehen müssen, wenn das Ganze nicht Stückwerk bleiben soll. Teilregelungen unter Nichtbeachtung anderer ebenso wichtiger Fragen sind unmöglich. Unser Beitrags- und Unterstützungswesen ist viel zu sehr gegenseitig abgewogen, als daß hierbei Experimente irgendwelcher Art gemacht werden könnten. Will man darum an der einen Stelle etwas ändern, dann muß fast regelmäßig eine Änderung an anderer Stelle unmittelbar folgen, wenn das Gleichgewicht nicht gestört werden soll.

Durch eine Reihe von Anträgen wird auch betont, daß es sich ihre Urheber recht leicht gemacht haben. Damit kann auch hier nichts gegen den guten Willen der hiervon Betroffenen gesagt sein, nachdem oben festgestellt ist, daß zum Teil recht umfangreiche rechnerische Unterlagen zum Erkennen der Auswirkung nötig sind. So wird z. B. am derzeitigen Zustand nichts geändert, wenn beantragt wird, daß die Beiträge um einen bestimmten Prozentsatz gesenkt und die Unterstützungen im gleichen Verhältnis herabgesetzt werden sollen, ganz abgesehen davon, daß der Verband auch noch Ausgaben hat, die von solchen Anträgen nicht berührt werden.

Ganz selbstverständlich haben sich unsere Zahlstellen bemüht, durch ihre Anträge dem Interesse des Verbandes zu dienen. Dabei wird niemand sein, der nun gerade seinen Antrag als der Weisheit letzten Schluß ansehen wird. Es wird sogar viele geben, die sich nach Kenntnisnahme anderer Anträge selbst sagen, daß die anderen zu einem besseren Ergebnis führen können. Diese Einsicht hat noch zu jeder Zeit unter unseren Mitgliedern vorherrschend. Sie und diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die sie auf dem Verbandstag vertreten, wollen ja alle das Beste für unsere Organisation, und in diesem Willen streitet man nicht lange um die Urheberschaft, sondern nimmt das Gute und Beste da, wo man es findet. Das ist auch solidarisches Zusammenarbeiten.

Wenn man nun die Anträge zu unserem Verbandstag aufmerksam studiert, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß die des Verbands-

vorstandes so aufeinander abgestimmt sind, wie es besser nicht gedacht werden kann. Gewiß sind die von ihm vorgeschlagenen Änderungen zum Teil hart, doch die Sorge um die Erhaltung der Schlagkraft des Verbandes hat sie diktiert. Das ist bei ihrer Bewertung wohl zu beachten. Unsere Zahlstellen werden in den jetzt stattfindenden Versammlungen zu den Anträgen allgemein Stellung nehmen. Wer dabei zu einem brauchbaren Ergebnis kommen will, der darf da nicht dem ihm besonders Zusagenden aus jeder Gruppe seine Zustimmung geben, sondern er muß die Dinge im Zusammenhang ansehen und vor allem die Gesamtlage unseres Verbandes nicht außer Berechnung lassen. Wir empfehlen darum dringend, bei der Behandlung der Anträge in unseren Mitgliederversammlungen die des Vorstandes zur Grundlage der Aussprache zu machen. Da mit deren Annahme dem Verbandsam besten gedient ist, sollten sie — so groß die Zahl der abweichenden auch ist — einmütige Zustimmung finden. Wenn das in recht vielen Zahlstellen geschieht, dann ist damit eine gute Vorarbeit für den Verbandstag selbst geleistet und den Delegierten des Verbandstages ihre schwere Aufgabe ganz wesentlich erleichtert worden.

## Der Arbeitsmarkt Ende März.

Hat der in den letzten Wochen eingetretene Witterungsumschwung eine geringe Entlastung des allgemeinen Arbeitsmarktes gebracht, dann zeigt unser Gewerbe im Gegensatz dazu eine weitere Verschlechterung. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 20 712 = 41,3 Proz. auf 21 009 = 42,3 Proz., während sich die Kurzarbeiterziffer mit 31,9 Proz. fast auf der gleichen Höhe wie im Februar bewegte. Es war somit am Stichtag Ende März nur ein Viertel der Kollegenschaft voll beschäftigt.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten und vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1931		
Januar	14 407 = 25,5 %	18 687 = 33,0 %
Februar	14 564 = 25,9 %	20 802 = 37,0 %
März	14 476 = 25,9 %	20 428 = 36,5 %
1932		
Januar	20 150 = 39,7 %	16 748 = 33,0 %
Februar	20 712 = 41,3 %	16 154 = 32,2 %
März	21 009 = 42,4 %	15 873 = 31,9 %

In unseren zehn größten Zahlstellen, die zusammen 30 200 = 61 Proz. unserer gesamten Mitglieder umfassen, hat sich die Arbeitsmarktlage nur wenig verändert. Nürnberg und Berlin stehen mit 53 bzw. 50 Proz. Arbeitslosen noch immer an der Spitze, während München und Hamburg mit 53 bzw. 41 Proz. Vollarbeitern den relativ günstigsten Stand der Volkbeschäftigten aufweisen. Auch

Hannover und Bielefeld zeigen mit 39 bzw. 40 Proz. Vollarbeitern ein ähnliches Bild.

Im einzelnen entfielen in den nachstehend aufgeführten zehn Zahlstellen auf 100 Mitglieder:

	Februar 1932			März 1932		
	Arbeitsl.	Furgarb.	Vollarb.	Arbeitsl.	Furgarb.	Vollarb.
1. Berlin . . . . .	52	21	27	50	21	29
2. Leipzig . . . . .	46	50	4	47	47	6
3. Dresden . . . . .	35	56	9	39	61	—
4. Hamburg . . . . .	42	15	43	45	14	41
5. Hannover . . . . .	37	25	38*	40	21	39
6. Bielefeld . . . . .	37	31	32*	39	21	40
7. Stuttgart . . . . .	36	43	21	36	52	12
8. München . . . . .	28	15	57	29	18	53
9. Nürnberg . . . . .	53	25	22	53	25	22
10. Frankfurt a. M. . . . .	36	54	10	38	51	11

\*) Korrigierte Zahlen! Durch Schreibfehler waren im Februarbericht nur 28 bzw. 22 Proz. Vollarbeiter angegeben.

Die Konjunkturberichte, die aus 549 Betrieben mit 30 000 Beschäftigten vorlagen, zeigen das gleiche trübe Bild wie im Vormonat. Nur die Zahl der „schlecht Beschäftigten“ ist von 55 auf 54 Proz. zurückgegangen, während die der „befriedigend Beschäftigten“ zu gleicher Zeit von 34 auf 35 Proz. stieg.

Die Mitgliederzahl beträgt 49 703, darunter 31 389 = 65 Proz. weibliche Mitglieder.

## Jung und alt ohne Arbeit!

Alljährlich zu Ostern entläßt die Schule viele tausende hoffnungsvolle Jungen und Mädchen. Von diesen haben die meisten den Ernst des Lebens schon kennengelernt. Trotzdem ist ihre Brust voll von Latendrang, in ihr sprüht junge zur Entfaltung drängende Kraft. Sie wollen hinaus ins Leben, sich der menschlichen Gesellschaft nützlich machen und ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen. Die Eltern haben sich alle Mühe gegeben, für ihre Kinder irgendein Unterkommen in der Wirtschaft zu finden. Doch von allen Seiten schallt es ihnen entgegen: Unser Beruf ist überfüllt. Jede Berufsgruppe muß erklären, daß in ihr ein wirtschaftliches Fortkommen nicht mehr zu finden ist. Man hatte geglaubt, daß die Kriegsjugend, weil sie nicht sehr zahlreich ist, ein gutes Fortkommen finden werde. Die große Wirtschaftskrise hat diese Hoffnungen gründlich zerstört. Viele junge Menschen sind bereits arbeitslos und noch mehr werden es sein müssen. Erich Kästner, einer der besten Vertreter der neuen Dichtergeneration, hat der Lage der heutigen Jugend in folgenden Zeilen Ausdruck verliehen:

Schon sind wir eine Million!  
Wir waten fleißig und gelehrig.  
Und ihr? Ihr schickt uns, minderjährig,  
fürs ganze Leben in Pension!  
Sind wir denn da, um nichts zu tun?  
Wir, die gebor'nen Arbeitslosen,  
verlangen Arbeit statt Almosen,  
und fragen euch: Und was wird nun?

Was wird nun? So fragen uns die jungen Arbeitslosen. Diese Frage richten auch Millionen Erwachsener an die Regierung und an all die Leute, die heute etwas zu sagen haben. Die Hoffnungslosigkeit, die viele Millionen bewegt, ist das größte Uebel der gegenwärtigen Zeit. Sie ist aber zugleich der größte Helfershelfer derjenigen politischen Gruppen, die viel zu versprechen vermögen, ohne ihr Können zu beweisen.

Die Arbeiterbewegung, deren Aufgabe es ist, der arbeitenden Menschheit den Weg zum Lebensfrühling zu ebnen, darf nie pessimistisch sein. Und doch ist es heute so schwer, Optimismus zu haben und den verzweifelten Menschenmassen neuen Mut einzufößen. Dennoch, so müssen wir

uns immer wieder sagen, haben wir keine Ursache, an unserm Wollen und an unserer guten Sache zu verzweifeln. Was die Arbeiterbewegung will, allen Menschen ein größtmögliches Maß von Freiheit und irdischen Lebensgenüssen zu verschaffen, bleibt erstrebenswert. Deshalb wird sie sich auch neukräftigen, sofern die politische Reaktion und der wirtschaftliche Niedergang einmal überwunden sein wird. Nur eins müssen wir rücksichtslos bekämpfen: Die Mutlosigkeit und Verzweiflung. Es ist die Eigenschaft jeder rückgängigen Epoche in der Menschheitsgeschichte, daß sie die Menschheit hoffnungslos macht. Doch immer ist sie überwunden worden, sie muß auch jetzt überwunden werden. **Zum Kampf gehört Mut!**

## INTERNATIONALES

### Arbeitslosenunterstützung bei den Buchbindern in den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten kennen die staatliche Arbeitslosenversicherung nicht. Auch die Gewerkschaften, die dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, verhalten sich in ihrer Mehrheit der Sozialversicherung gegenüber noch ablehnend. Nach einer Erhebung des Arbeitsministeriums gibt es jedoch unter den Verbänden der buchgewerblichen Arbeiter insgesamt

29 Ortsvereine, die in irgendeiner Form für eine Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder sorgen.

Die Beiträge für diese Arbeitslosenunterstützung sind sehr verschieden, sie schwanken zwischen 1/2 und 2 Dollar pro Woche. Dafür werden Unterstützungen gegeben von 5 bis zu 15 Dollar pro Woche. Einige andere Zweigvereine geben im Falle der Arbeitslosigkeit Darlehen, jedoch keine Unterstützung.

In der letzten Zeit häufen sich auch in Amerika die Stimmen, die eine staatliche Arbeitslosenunterstützung fordern, denn eine derartige Krise wie die jetzige hat man eben auch in Amerika seither nicht gekannt. Bisher galt bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur die Forderung: „Der Arbeiter muß so viel verdienen, daß er für die Zeiten vorübergehender Arbeitslosigkeit und auch für seine alten Tage so viel zurücklegen kann, daß er vor wirtschaftlicher Bedrängnis geschützt ist.“ Wie sich jetzt zeigt, änderten sich auch in Amerika die Zeiten.

### Die Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die dänische Verbandszeitung berichtet, daß die Arbeitslosigkeit auch in der Buchbinderei und Papierverarbeitung noch weiter im Steigen begriffen ist. Mitte Februar betrug die Zahl der arbeitslosen Mitglieder 787 gegenüber 567 im Vormonat. — Der größte Teil der Arbeitslosen entfiel auf die Kartonnagen-Industrie und die Buchbinderei-Hilfsarbeiterinnen.

## Gebt acht auf unsere Jugend!

Die freien Gewerkschaften haben sich den nationalsozialistischen Schutzbündlern des Kapitals gegenüber als unübersteigbares Bollwerk bewährt. Nicht „ausrotten“ wollen heute die Hitlerianer die Gewerkschaften, weil ihnen das als ein zweckloses Unterfangen allmählich einleuchtet, aber „erobern“ wollen sie unsere Verbände, und zwar auf dem Wege „über die Betriebe“, die mit Hatentkrenzellen versehen werden sollen.

Bei der erwachsenen Arbeiterschaft werden die Apostel der Hatentkrenzlehre damit gehörig abblühen. Wer wollte denn auch die festgefühten Trutzburgen der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft gegen die in Rassenlust gehüllten Nazi-Lustschlösser eintauschen?

Um so eifriger aber bearbeiten die Nationalsozialisten den proletarischen Nachwuchs. Offensichtlich geht ihr Streben dahin, zwischen jung und alt in der Klasse der Bertätigten einen Keil zu treiben. Soweit das Jungvolk der Arbeit in den freigewerkschaftlichen Gruppen, in der S.M. oder in der freien Turn- und Sportbewegung organisiert ist, sind diese Veruche der braunhemdigen Selbenvergebliche Arbeit. Wer einmal in den großen Strom der kämpfenden Arbeiterschaft hineingezogen ist, der bildet ein Teilchen der „Eisernen Front“, an der sich die Handlanger des Scharfmacheriums ihre Hohlschädel einrennen werden.

Doch wie steht es um die nichtorganisierte Jugend in den Betrieben? Diese wird von den Nazi-Agitatoren eifrigst umworben. Wenn der Jugendliche im Elternhaus nicht auf das arbeiterfeindliche Treiben der Hitlerpartei aufmerksam gemacht wird, kann leicht der ebenso fanatische wie blöde „Marxisten“-tolle auf den jungen Menschen übertragen werden. Er wird dann in dem neben ihm arbeitenden älteren freigewerkschaftlichen Kollegen einen „Segner“ oder „marxistischen Volksschädling“ erblicken. Weil er blindlings glaubt, was die Nazis ihm mit öden Versprechungen einblasen, ist bald sein kollegiales Verhältnis zu seinen erwachsenen Arbeitskollegen untergraben. Mißtrauen, Feindschaft und sinnloser Haß auf die Ziele der modernen Arbeiterbewegung

greifen in den Hirnen unreifer junger Menschen, deren Selbstgefühl durch die Hitlerianer künstlich hochgehelt ist, leicht Platz. Vor allen Dingen wird dadurch die Möglichkeit, den Jungkollegen früher oder später zu einem satten festen Freigewerkschaftler zu machen, stark verbaut.

Kein erwachsenes Verbandsmitglied darf diese Gefahren unterschätzen! Mehr als in normalen Zeiten müssen wir uns heute der Jungkollegen annehmen. Sie sind unsere vollwertigen Arbeitsbrüder von morgen und von ihnen hängt bereinst die Entwicklung des Verbandes ab. Da muß jede Gelegenheit benutzt werden, um über das Denken der jungen Kollegen Klarheit zu schaffen. In den Pausen und auf dem Wege von und zur Arbeit findet immer ein Wort gewerkschaftlicher Aufklärung und Werbung ein aufmerksames Ohr. Machen wir nicht den Fehler, die Jugendlichen als „dumme Jungens“ einzuschätzen, die von den brennenden Zeitfragen „ja doch nichts verstehen“.

Wer der Jugend in dieser verwirrten Zeit Führer sein will, muß ihr ein Vorbild geben. Wir sind immer stolz darauf gewesen, daß in unseren Reihen die Tüchtigsten unseres Berufes organisiert waren. Auch auf die Jungkollegen, bei denen man arbeiterfeindliche Hegeversuche macht, wirkt es am überzeugendsten, wenn der Erwachsene, der ihn zu einer vernunftgemäßen Betrachtung der Dinge bringen will, in seiner Arbeit eine vorbildliche Persönlichkeit ist. Wer den jungen Menschen beruflich wertvolles lehren kann, der hat damit den Schlüssel zum Denken und Fühlen des Jungkollegen in der Hand. Ohne äußere Zwangsmittel verschafft sich so der Erwachsene bei der Jugend im Betrieb Autorität. Sein Wort gilt etwas und die Jugend weiß, daß bei einem geschulten freigewerkschaftlichen Mitkämpfer hinter dem Wort die Tat steht zum Wohle des werktätigen Volkes. Die Jugend in unseren Betrieben darf nicht die Beute abenteuerlicher und verantwortungsloser Hatentkrenzler werden. Dafür müssen unsere erwachsenen Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben sorgen.

## Seht an zum dritten Schlag!

Der zweite Ansturm der Faschisten auf die erste Machtposition im Reich ist abgefallen. Hitler muß auf den Präsidentenstuhl verzichten, auf dem er sich bereits gesehen hatte! Wohl brachte ihm der Stichtagswahl am 10. April noch einen Zugang von zwei Millionen Stimmen, die der Splittterkandidat der Harzburger Front, Duesterberg, im ersten Wahlgang auf sich vereinigte, doch trotzdem ist der Faschismus weit entfernt von dem ihm so sicher scheinenden Sieg. Klare Vernunft beherrscht die Mehrheit der deutschen Wähler, die am 10. April einwandfrei bewiesen haben, daß sie nichts von den unerfüllbaren Versprechungen halten, mit denen die rechts- und linksradikale Wahlkampfpropaganda zum Zwecke des Stimmenfanges aufwartete. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhielt Hindenburg 19359642 Stimmen, Hitler 13417460 und Thälmann 3706368. Mit rund 53 Prozent der abgegebenen Stimmen hat damit Hindenburg die absolute Mehrheit erhalten. Dieser Wahlausfall bietet die Sicherheit, daß wir verschont bleiben von einer Katastrophenspolitik, die die extremen Flügelparteien im Reich einzuschlagen genehmen sind, sobald sie die Mehrheit erreicht haben werden. Sie dürfen die Möglichkeit hierzu niemals bekommen!

\* \* \*

In wenigen Tagen ist zum dritten Hieb gegen den Radikalismus von links und rechts anzusetzen. In Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg finden am 24. April die Neuwahlen für die gesetzgebenden Landesparlamente statt. Diese Wahlen bilden die letzte Etappe im großen politischen Entscheidungskampf, der seit dem März in Deutschland tobt. Leider werden die Landtags- und Kommunalwahlen von vielen Wahlberechtigten für weniger wichtig gehalten. Nichts ist falscher als diese Anschauung. Die Erhaltung liegt in erheblichem Umfange bei den einzelnen Landesregierungen, in deren Zusammensetzung sich die jeweiligen Parliamentsmehrheiten widerpiegeln. Dadurch wird es zur Pflicht der Wahlberechtigten, die Parlamente so zu gestalten, daß die Volksmehrheit durch deren gesetzgebende Tätigkeit in ihrer freien Entwicklung nicht gehemmt wird.

Ohne die Bedeutung der Wahlen in den übrigen obengenannten Ländern herabschätzen zu wollen, ist dennoch zu sagen, daß der Wahl in Preußen dabei eine besondere Bedeutung zukommt. Preußen ist in gewissem Sinne infolge seiner Größe — es umfaßt nach Umfang und Bevölkerungszahl drei Fünftel Deutschlands —, seiner ausgedehnten Verwaltung und seines Einflusses auf die Zentralstellen und die übrigen Bundesstaaten — das Reich. Die preußische Regierung ist in der unruhigen Nachkriegszeit der sicherste Stützpunkt stabiler Verhältnisse gewesen. In anderen Ländern und namentlich im Reich selbst haben die Regierungen und die Regierungsmehrheiten häufig gewechselt. Nur in Preußen war die Regierung Braun ununterbrochen zehn Jahre am Ruder. In Braun und Severing hat die deutsche Arbeiterbewegung der öffentlichen Gewalt Staatsmänner von überragender Bedeutung zur Verfügung gestellt. Dies müssen selbst die Gegner des „preußischen Systems“ rückhaltlos anerkennen, doch um so schärfer ist ihr Haß auf Preußen.

Der Ansturm der gesamten Kräfte der Reaktion richtet sich nunmehr gegen Preußen, nachdem der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens von ihr verloren wurde. Was der

Faschismus und seine freiwilligen und unfreiwilligen Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreichen konnten, das soll jetzt mit einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April erreicht werden durch einen Sieg bei der Wahl der verschiedenen Landesparlamente. In Thüringen und Braunschweig hat das Experiment der faschistischen Regierungskünstelei unheilvolle Folgen gezeitigt. Die nationalsozialistische Weirregierung in beiden Ländern hat eine Welle der Beunruhigung und Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern selbst, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon geschehen konnte infolge der faschistischen Regierungsbeteiligung in diesen kleinen Bundesstaaten, um wieviel größer würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in größeren und einflussreicheren Ländern, in Bayern, in Preußen die gleichen zeretzenden Kräfte der Herrschaft über Verwaltung, Schule, Polizei u. a. bemächtigen würden? In dem von der Wirtschaftskrise durchdrungenen Deutschland müßten die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung in erster Linie und am härtesten die Arbeiterklasse treffen. Es darf nicht übersehen werden, daß die Ausföhrung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen verankerten Rechte der Arbeiterklasse Sache der Verwaltung der einzelnen Länder ist. Sozialgesetzgebung, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden nicht nur zu leeren Worten und Begriffen, sie wären beseitigt, wenn nicht die Länder für ihre Innehaltung und Durchführung einzustehen bereit wären. Doch auch abgesehen davon, daß ein den Faschisten ausgeliefertes Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg oder auch sonst ein Land, in dem jetzt Parlamentswahlen stattfinden, den Fortfall eines Schuhwalles für die sozialen Erwerbsgruppen bedeutete, wäre bei einer Herrschaft der Faschisten sehr bald auch die politische Gleichberechtigung und das politische Mitbestimmungsrecht beseitigt. Denn das gehört ja mit zum Zweck der Arbeit der volksverderbenden politischen Abenteurer, die sich in der nationalsozialistischen Partei zusammengefanden, daß sie die politische und wirtschaftliche Entrechtung der Volksmassen wieder herbeiföhren wollen. Das Volk soll nur Untertan sein, soll dienen, gehorchen und Steuern zahlen und Kanonensfutter werden für vernagelte Kriegsheker.

Die Arbeiterklasse wurde durch die Umwälzung 1918 am Staat aufs innigste interessiert. Durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen hat sie einen beachtlichen Einfluß auf die Regierung der Einzelländer bekommen. In mühevoller Arbeit wurde z. B. Preußen aus einem seit Jahrhunderten einseitig regierten Obrigkeitsstaat zu einem demokratischen Volksstaat umgewandelt. Gewiß bleibt noch vieles zu tun übrig, doch jene Herrenmenschen, die von jeher das Volk in seiner Gesamtheit knebelten und peinigten, konnten aus ihrer Machtposition entfernt werden. Darum der unbezähmbare Haß auf die politische und wirtschaftlich reif gewordene Arbeiterklasse. Das Interesse dieser gebietet es darum, alle Kraft anzuspannen, damit der 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungs- und verantwortungslosen Radikalismus wird. Wenn sich alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung am 24. April in einer geschlossenen Front gegen diesen stellen, dann wird der Ansturm gegen die Freiheit der Arbeiterschaft mit Leichtigkeit abgewehrt werden. Geht der Einfluß der freien Arbeiterbewegung am 24. April verloren, dann wird sie auf Jahre und Jahrzehnte

hinaus in ihrem Streben nach politischer und wirtschaftlicher Machterweiterung zurückgeworfen. Das gilt es zu verhindern!

Obwohl die Arbeiterschaft infolge ihrer ziffermäßigen Stärke die Kraft und die Macht hätte, aus ihren Reihen die Mehrheiten in den Parlamenten der Länder zu bilden, hat sie das infolge ihrer Zerrissenheit leider doch noch nicht fertiggebracht. Auch die Preußenregierung ist eine durch Koalition zusammengefehte, die Regierungsgewalt wird ausgeübt von der sogenannten Weimarer Koalition, die aus Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei gebildet wird. Eine Koalitionsregierung kann sich nur im Rahmen des möglichen halten, wodurch nicht alle Forderungen erfüllt werden können. Jedoch die fast reibungslose Zusammenarbeit hat ein gewisses Höchstmaß des Erreichbaren gebracht. Nur auf der Grundlage dieser Koalition war und ist in Preußen eine Regierung, die auch die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, möglich und arbeitsfähig. Darum ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus gesehen, alles daranzusetzen, daß die gegenwärtigen Machtverhältnisse in Preußen mindestens erhalten werden. Und dies kann nur geschehen durch den entschlossensten Willen aller Gewerkschafter, da sie auf den Wahlausfall einen bestimmenden Einfluß haben. Für Preußen muß am 24. April die Losung sein: **Wählt Braun-Severing.** Ein Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Gewalt und Terror. Wird dieses Preußen, die Feste der Republik und Demokratie, am 24. April erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird dieser Tag in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein Tag des Sieges sein.

## Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

Unsere Zeitung.

Zu den vielen sonstigen Krisenerscheinungen gehört auch, daß unsere Verbandszeitung nur noch vier Seiten stark erscheint. Es handelt sich hierbei um eine unumgängliche Sparmaßnahme. Der Verbandsvorstand will in diesen schweren Zeiten soviel Mittel wie möglich für die Unterstützung unserer in Not geratenen Mitglieder freimachen. Das ist berechtigt und zu verstehen. Die Einschränkung unserer Zeitung ist jedoch auch sehr schmerzhaft, ich glaube doppelt schmerzhaft, weil in diesen Zeiten die Zeitungen aufmerksamere werden als sonst. Im folgenden möchte ich ein paar Vorschläge machen zur Diskussion über unsere Presse für Gau- und Verbandszeitung. Besonders hervorheben möchte ich, daß diese Vorschläge nur solange gelten sollen, als diese Notzeit anhält.

Zu prüfen wäre, ob es nicht vorteilhafter ist, die Zeitung nur alle 14 Tage erscheinen zu lassen und dafür acht Seiten stark. Gespart werden könnte dadurch ein Teil der Kosten für Expedition, Verpackung und Porto. Es kann auch mehr untergebracht werden, da ja der Raum für den Kopf einmal frei würde. Als sehr wichtig halte ich die Verringerung der Versammlungsberichte. Es geht nicht, daß man bei vier Seiten die Hälfte und mehr mit Versammlungsberichten füllt. Näher betrachtet ist jeder Bericht den anderen fast gleich und enthält Selbstverständlichkeiten, die der Schriftführer eben bringen muß, die aber für die Gesamtkollegenchaft nicht von Bedeutung sind. Interesse an diesen Berichten hat vielleicht nur der Kollege, der einmal in dem betreffenden Ort gearbeitet hat. Dies ist bestimmt die Minderheit und auf diese kann leider keine Rücksicht genommen werden. Sollte sich aber trotz alledem eine Mehrheit ergeben, die unsere Versammlungsberichte weiter erscheinen lassen will, dann erhebe ich dagegen die Forderung, daß diese Berichte nicht mehr als eine Seite einnehmen dürfen. Der kostbare Raum muß besser verwendet werden, z. B. für wirtschaftliche Betrachtungen. Rußfert und tracht es nicht bedrohlich im Gebälk der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Unsere Zeitung hat die Pflicht,

ihren Lesern die kapitalistische Mißwirtschaft in die Hirne zu hämmern. An Stelle der Berichte könnte auch eine ständige Seite „Für unsere Kollegen“ erscheinen, meinetwegen auch für die Betriebsräte, über das Arbeitsrecht oder über Jugendfragen. Unserem Redakteur wird es nicht schwer fallen, die Zeitung zu füllen, doch bitte mit etwas weniger Lust. Ich finde, zwischen den Zeilen ist manchmal ziemlich viel Raum. Vielleicht kann der auch gepart werden. Hoffen will ich, daß über die angeschnittene Frage rege Stellung genommen wird und daß der Verbandstag unsere Zeitung in obengenanntem Sinne verbessert, damit diese trotz ihres verringerten Umfangs uns allen ein lieber Bundesgenosse und ein geistiges Band bleiben möge.

Rudolf Heß-Chemnitz.

**Berichte.**

**Mürnberg-Fürth.** In einer vom Graphischen Kartell am 1. April veranstalteten Kundgebung sprach Bezirksleiter des DGB, Kupfer über „Die Bedeutung der kommenden Wahlen für die Gewerkschaften“. In großen Zügen kritisierte er die von der Schwerindustrie ausgehaltene Nazipartei an der Hand von stichhaltigem Beweismaterial. Die Verrohung des politischen Stumpfes wurde erst durch deren Agitationsweise eingeführt. Man lebte bei den Krummkreuzern wirklich in dem Wahne, schon am 13. März die politische Macht zu erobern und damit eine andere Zeit herbeizuführen. Die Aemter waren bereits verteilt, und jeder Parteibuchbeamte hatte schon seinen gehobenen Posten. Der Eisernen Front ist es zu danken, wenn diese Illusionen nicht verwirklicht wurden. Im Interesse der deutschen Kultur liegt es, daß die zweite Wahl am 10. April und die dann folgenden Landtagswahlen die erste Niederlage kräftig unterstreichen. Das wirtschaftliche Wechselfeld mit seinem Elend und der Verzweiflung ist der günstigste Nährboden für die neuartigen Sumpfpflanzen. Wenn Millionen arbeitslos sind, große und kleine Betriebe verkrachen, Sparer ihr Geld verlieren, die öffentlichen Finanzen durch die Auswirkungen der Krise in Unordnung geraten, an allem ist „das System von Weimar“ schuld. Von den Millionen verwirklichtesten und verpetulierten Industriekapitals, den aufgeblähten Konzernen mit ihrem kostspieligen Verwaltungsapparat schweigt der „deutsche Sozialismus“. Ebenso von den Steuergeldern, die der Privatwirtschaft „leihweise“ zur Verfügung gestellt wurden. Ist doch der Großkapitalismus der Schöpfer und Nährvater des Faschismus. Die Fälle Javag, Nordwolke, Schultheiß und so weiter sind nicht nur ein großer Schaden für die gesamte Volkswirtschaft, sondern auch ein Teil der Ursachen der Vertrauenskrise. Die Reden Hillers auf der Tagung der rheinischen Industriellen in Düsseldorf, nach der die Gewerkschaften die Schuld am deutschen Wirtschaftsunglück tragen, lassen erkennen, was unsere Organisationen von dieser Stelle zu erwarten haben. Solange die soziale Frage nicht gelöst ist, sind die Gewerkschaften eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Es muß der Welt zum Bewußtsein gebracht werden, daß der Faschismus aus innen- und außenpolitischen Gründen nicht zur Macht gelangen darf.

Der Redner skizzierte die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich, das über einen Goldbestand von acht Milliarden verfügt, wozu noch drei Milliarden Devisen kommen. Das Ausland hat 1,3 Milliarden Mark aus Deutschland zurückgezogen. Eine Verständigung mit Frankreich ist deshalb so schwer, weil dieses Land kein Vertrauen zu den politischen Parteien Deutschlands hat. Der nationalsozialistische Wahlsieg im September 1930 hat der Wirtschaft einen schweren Schlag versetzt. Damals begann die Millionenflucht des deutschen Kapitals. Die kurzfristigen Darlehen wurden gekündigt. Der zweite Schlag erfolgte zu Beginn dieses Jahres, als die Nazis erklärten, in kurzer Zeit die Macht zu übernehmen. Die guten Verbindungen, die über die Regelung der Reparationsfragen angeknüpft waren, sind wieder gelöst worden, weil man nicht wußte, wer auf deutscher Seite Partner sein wird. Sind die Reparationen auch nicht die alleinige Ursache der deutschen Krise, dann bedeuten doch diese Zahlungen eine schwere Belastung für alle. Die psychologischen Voraussetzungen zur Lösung der Reparationsfrage sind vorhanden, aber nur, wenn das Ausland weiß, wer in Deutschland regieren wird. Wenn der deutsche Chauvinismus weiteren Zuwachs erhält, gibt es keine Verständigung. Die kommenden Wahlen haben demnach eine internationale Bedeutung. Das Stillhalteabkommen, das im Februar verlängert wurde, läuft im Juni ab. Das deutsche Volk ist auf die Weltwirtschaft angewiesen. Ein Scheitern des deutschen Volkseinkommens wird durch die Warenausfuhr erzielt, von 60 Millionen Deutschen leben dem-

nach 10 Millionen vom Export. Der Redner zerpflückte noch die Geldtheorien der Faschisten, die nationale Mark und das Stabgeld ohne Gold- und Sachdeckung. Die Auswirkung solcher Experimente auf die Arbeiterschaft als Lohnempfänger und Verbraucher würde die Zustände der Inflationszeit wieder aufleben lassen. Der soziale Standard würde ständig sinken, weil die Kaufkraft nicht mehr stabil bleibt. Bei einer Naziherrschaft käme noch der Abbau aller sozialen Einrichtungen, der Nazibeamte wird dann allein bestimmen, wer Unterstützung erhält. Unsere Faschisten sind auch für Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach militärischem Vorbild. An Arbeitsobjekten fehlt es uns nicht, so sind zum Beispiel 700 000 Personen in Deutschland ohne eigene Wohnung, davon allein 50 000 in Bayern. Für Wohnungsbauten hat der bayerische Staat kein Geld übrig, jedoch für die Sanierung von Industriefirmen, Banken und ländlichen Genossenschaften fand man immer Mittel und Wege. In sozialen Fragen sind die Länderparlamente zwar nicht Gesetzgeber, jedoch

**Vor jeder Arbeitsannahme**

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

Vollzugsorgane des sozialen Rechts. Wir werden den angelegten Bürgerkrieg nicht tatenlos abwarten und damit ebenso fertig, wie mit dem Kapp-Butsch. Die Rettung deutscher Kultur und sozialen Lebens ist von dem Ausgang der nächsten Wahlen abhängig. In seinem Schlusswort forderte der Vorsitzende, Kollege Schatt, auf, die Außenwendung aus dem Gesagten bei den nächsten Wahlen zu ziehen. Eine Rechtsdiktatur würde die 50jährige Volkstutur der Arbeiterschaft mit ihren materiellen und ideellen Werten vernichten. Die politische und wirtschaftliche Herrenkaste nützte ihre Macht zur völligen Entmenschung der Arbeiterschaft. Der Arbeiter wird dann nicht mehr Objekt, sondern nur Subjekt der Gesetzgebung sein.

**Gau Schlesien.**

Auf Grund der §§ 6 des Gaustatuts und 41 Abs. 3 und 4 des Verbandsstatuts beruft der Unterzeichnete zu **Sonntag, den 12. Juni, vormittags 9 Uhr, nach dem Gewerkschaftshaus in Breslau, Margaretenstr. 1, den ordentlichen**

**Gautag**

mit folgender vorläufig provisorisch festgesetzter Tagesordnung ein:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Der 17. Verbandstag und seine Beschlüsse.
3. Die Tarife und Wohnpolitik des Verbandes.
4. Erlebigung etwaiger Anträge zum Gaustatut.
5. Erlebigung sonstiger Anträge.
6. Verschiedenes. (U. a. Stellungnahme zu den im Gau erforderlichen Wahlen, Wahl des nächsten Tagungsortes, Festsetzung der Tagegelber für die Delegierten.)

Die Zahlstellen und Einzelmitglieder innerhalb des Gaus Schlesien werden aufgefordert, zum Gautag Stellung zu nehmen. Anträge können zu jedem Punkt der Tagesordnung gestellt werden. Diese sind nach den bestehenden Vorschriften bis spätestens zum 15. Mai beim Gauvorstand einzureichen. Später eingehende Anträge bedürfen der Unterstützung von mindestens 6 Delegierten, wenn sie auf dem Gautag zur Beratung kommen sollen. Die Besichtigung des Gautages regelt sich nach den Bestimmungen des § 6 des Gaustatuts.

Der Gauvorstand. J. A.: B. Bruns.

**Ehemalige Angehörige der Reichsdruckerei,**

die noch Aufwertungsforderungen an den Spar- und Darlehnsverein von Angehörigen der Reichsdruckerei haben, können die Beträge persönlich oder schriftlich unter Vorlegung des Sparbuchs und der Mitgliedsarte bei der Kasse des Vereins, Berlin SW 68, Drantienstr. 92, abfordern. Kassenstunden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 10-12 Uhr und 15-15.30 Uhr.

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.**

**1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag.** Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung in Nr. 12 der „Buchbinder-Zeitung“, betreffend die Wahl der Delegierten zum Verbandstag weisen wir darauf hin, daß, nachdem die Wahlen in den Tagen vom 15. bis zum 17. April zu Ende geführt sind, das Ergebnis der Wahl spätestens am Sonntag, dem 17. April, nachmittags nach 3 Uhr zusammenzustellen und unter Beifügung der Stimmzettel den Bevollmächtigten des Vororts zu übermitteln ist.

Die Bevollmächtigten der Wahlbezirke sind gehalten, die bei ihnen eingehenden Wahlergebnisse sofort zusammenzustellen und spätestens bis Freitag, den 22. April, an den Verbandsvorstand einzusenden. Für die Berichterstattung über die Wahlergebnisse sowohl an die Bezirksvororte wie an den Verbandsvorstand sind die von letzterem ausgegebenen Formulare zu benutzen.

Für den Fall, daß sich eine Stichwahl notwendig machen sollte, ist diese von den Bevollmächtigten der Vororte sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses mit möglichst kurzem Termin anzuordnen. Dem Verbandsvorstand ist hierüber Bericht zu erstatten. Einsprüche gegen eine Wahl sind dem Unterzeichneten neben einer ausführlichen Begründung bis spätestens Dienstag, den 26. April, einzureichen.

**2. Auflösung der Zahlstelle Wittenberg.** Die Zahlstelle Wittenberg ist seit dem 1. April aufgelöst, die Mitglieder sind als Einzelmitglieder vom Gau Magdeburg übernommen worden.

**3. Einstellung der Lokalanterkennung in Rathenow.** In der Zahlstelle Rathenow kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalanterkennung an Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgeführt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.

**Abrechnungen**

vom ersten Quartal 1932 gingen bis zum 12. April bei der Verbandskasse ein von: Kottbus — Mt., Spremberg 347,85 Mt., Tiffitt — Mt. = Gau Magdeburg — Mt., Aßcherleben 1000.— Mt., Burg 97,65 Mt., Magdeburg 2200.— Mt., Osterwieck — Mt., Rathenow — Mt., Lorgau — Mt., Wittenberg 176,83 Mt. = Detmold — Mt., Banfried — Mt. = Neustadt a. d. S. — Mt. = Arnstadt — Mt., Göhnhj — Mt., Greiz — Mt., Koburg — Mt., Vangenfalza — Mt., Saalfeld — Mt., Schmölau — Mt. = Brandis 611,22 Mt., Grimmitzschau — Mt., Oberwiesenthal — Mt., Raskau — Mt., Seiffenmersdorf — Mt., Wurgau — Mt. = Erlangen — Mt. = Kaufbeuren — Mt.

Der Verbandsvorstand.

**Adressenänderungen.**

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.  
**Frier (Mofel):** B: D. Buch jun., Thyrsstr. 24 II. K: R. Ender, Saarstr. 79.  
**Klef: B: E. Müller, Kiel-Gaarden, Heinhstr. 10. K: H. Muß, Widingerstr. 9. Unterstützungszahlung: Volkszeitung bis 14 Uhr.**

**Inhaltsverzeichnis.**

Die Anträge zum Verbandstag.  
 Der Arbeitsmarkt Ende März.  
 Jung und alt ohne Arbeit!  
 Internationales: Arbeitslosenunterstützung bei den Buchbindern in den Vereinigten Staaten. — Die Arbeitslosigkeit in Dänemark.  
 Gebt acht auf unsere Jugend!  
 Seht an zum dritten Schlags!  
 Stimmen aus unserem Kollegenkreis: Unsere Zeitung.  
 Berichte: Nürnberg-Fürth.  
 Gau Schlesien.  
 Ehemalige Angehörige der Reichsdruckerei.  
 Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Wahl der Delegierten zum Verbandstag. — Auflösung der Zahlstelle Wittenberg. — Einstellung der Lokalanterkennung in Rathenow. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.